

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 20 Bg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 235 M. in Mitterberg 2 1/2 M. vierteljährlich, hiezu Beleggeld 30 Bg. Druck und Verlag der W. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt). Für die Redaktionen verantwortlich: G. Hum Wildbad.	Anzeigen 12 Bg. von auswärts 15 Bg. die Zeile oder deren Raum. Reklame 35 Bg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bg.
--	--

Nr. 113

Donnerstag, den 15. Mai 1919

36. Jahrgang.

Drei Noten Brocksdorffs an Clemenceau.

Versailles, 14. Mai. Der Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung in Versailles, Graf Brocksdorff-Angapau, hat gestern an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, drei Noten folgenden Inhalts gerichtet.

Protest gegen die wirtschaftliche Abwürgung.

Entsprechend der Ankündigung in meiner Note vom 9. Mai d. J. überreichte ich die nachfolgende Äußerung der wirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist, die Rückwirkungen der in Aussicht genommenen Friedensbedingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu begutachten.

Deutschland war im Lauf der letzten beiden Generationen vom Agrarstaat zum Industrie- und Handelsstaat übergegangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland 40 Millionen Menschen ernähren. Als Industrie- und Handelsstaat war es in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen Menschen sicherzustellen. Die Einfuhr an Lebensmitteln betrug im Jahre 1913 rund 12 Millionen Tonnen. Vor dem Krieg lebten in Deutschland vom Auslandshandel und der Schifffahrt entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung von Rohstoffen rund 15 Millionen Menschen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags soll Deutschland seine für den Ueberseehandel taugliche Handelsflotte und Schiffneubauten ausliefern. Auch sollen die Werften in den nächsten 5 Jahren in erster Linie für die alliierten und assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine Kolonien ein. Die Gesamtheit seines Besitztums, seiner Interessen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in deren Kolonien, Dominions und Protektorat soll — zur teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche — der Auflösung unterliegen.

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags würden im Osten die wichtigsten Erzeugungsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen. Das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 Prozent der Gesamternte in diesen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Erzeugung in ihrer Intensität stark zurückgehen. Einmal wäre die Einfuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Düngemittelindustrie, wie Phosphat, erschwert, sodann würde jede andere Industrie und der Kohlenhandel leiden, denn der Friedensvertrag sieht vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlenproduktion verlieren. Außerdem werden uns für die ersten zehn Jahre ungeheure Lieferungen an Kohlen an bestimmte alliierte Länder aufgelegt.

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrag fast drei Viertel seiner Eisenerzeugung und mehr als drei Fünftel seiner Erzeugung an Zink und Mangan seiner Nachbarn abtreten. Nach dieser Einbuße ist Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gewaltigen Umfang erlöschen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmittelaufuhr erheblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen, außerordentlich sinken müßte. Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außer Stande, den vielen Millionen auf Schifffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern. Das ist aber technisch unmöglich, zumal sich viele der wichtigsten Länder der Welt gerade gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden Hunderttausende angewiesener Deutsche aus den Gebieten der mit Deutschland Krieg führenden Staaten, sowie aus den abzutretenden deutschen Gebieten und Kolonien nach dem übrig bleibenden deutschen Gebiet einströmen. Werden die Friedensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zu Grunde gehen müssen. Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Kriegs und deren Verschärfung während des Waffenstillstands die Volksgesundheit gebrochen ist.

Kein Hilfswort könnte diesem Massensterben Einhalt tun. Der Frieden würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer fordern, die der 4 1/2-jährige

zige Krieg verschlang (1 1/2 Millionen im Felde Gefallener, fast 1 Million Opfer der Blockade).

Wir wissen nicht und möchten es bezweifeln, ob die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte sich über die Folgen im Klaren sind, die unvermeidlich eintreten würden, wenn Deutschland plötzlich auf eine Entwicklungsstufe zurückgestoßen wird, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsdifferenz von vor einem halben Jahrhundert entspricht.

Der diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht dabei das Todesurteil über Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus. Die statistischen Nachweise stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Forderung der gemeinsamen Prüfung der Schuldfrage.

In dem den deutschen Bevollmächtigten vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrags wird der erste Teil betreffend die Wiedergutmachung mit dem Artikel 231 eingeleitet, welcher lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären: Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieg erlitten haben.“

Deutschland hat die Verpflichtung zur Wiedergutmachung übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. Nov. 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Krieg. Die deutsche Abordnung vermag nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entstehung des Weltkriegs ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden kann. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Folgen seiner Regierung verantwortlich gemacht werden soll.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volks ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen.

Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Kriegs zu bezeichnen ist, wird von den deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie vermögen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächlich Schuld an diesem Krieg zuzuschreiben. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrags findet sich nichts was jene Auffassung tatsächlich begründet. Keinerlei Beweis wird für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Berichts der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Kriegs.

Widerspruch gegen die Abtrennung rein deutscher Gebiete.

Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben vom 10. ds. Mts. entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrags ständig von den Grundfragen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die deutsche Delegation muß sich das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch tritt besonders in die Augen bei den Bestimmungen des Vertragsentwurfs, die sich auf die Abtrennung von rein deutschen Gebieten beziehen. Die Bevölkerung der abzutretenden Gebiete ist von der Aufgabe, Elend, Verdrüßnis an Frankreich und der Verlegung Reichs wird Deutschland die zeitweilige oder dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebiete unter fremde Herrschaft angeordnet: des Saargebietes, der Kreise Eupen und Malmedy, sowie Preussisch Moersnes, Obereschleiens, deutscher Teile Mittel- und Westschleiens, des Westpreussens und Ostpreussens, auch die Abtretung der Gebiete darüber und hinunter.

Die deutsche Delegation verkennt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen über Gebietsänderungen der

Grundsat der nationalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden kann. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuerkennen, wenngleich die deutsche Delegation nicht eintritt, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die Grenzfragen zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit ihr über eine solche dem Grundsat der Nationalität entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorziehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umweg über die Friedensverhandlungen zu betreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Widerstand zu erheben.

Die Bereitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reichs, die nicht unabweislich von einer Bevölkerung fremden Stammes bewohnt sind. Vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zum Zweck, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerung und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachtet werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saarbecken. Das hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestreitet niemand.

Daß die ganze Bevölkerung sich gegen eine solche Losrennung von der alten Heimat mit aller Entschiedenheit wehrt, wird den Befehlungsbehörden nicht unbekannt sein.

Vergebens würde man einwenden, daß die Belegung ja nur für 15 Jahre gedacht sei und daß dann eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit entscheiden soll, denn der Rückfall des Gebiets an Deutschland ist davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung dann in der Lage sein wird, binnen kurzer Zeit die sämtlichen Kohlenbergwerke des Gebiets der französischen Regierung gegen Gold abzutauschen. Falls die Zahlung nicht geleistet werden kann, soll das Land endgültig an Frankreich fallen, selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland ausgesprochen hätte. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrags erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über die entsprechende Menge Gold verfügen können. Ueberdies würde voransichtlich auch wenn das Gold in deutschem Besitz vorhanden wäre, die Entschädigungskommission, die dann Deutschland noch beherrschen würde, eine solche Verwendung des Goldes schwerlich gestatten. Es dürfte in der Geschichte der neueren Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt hat, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen.

Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für die Zerstörung französischer Bergwerke entschädigt werden muß. Sie ist bereit, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie der Ausfall in der Kohlenförderung der ehemals von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Verheilung der zerstörten Gruben ersetzt werden kann. An Stelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohlen müßten deutsche Saar- und Ruhrkohlen an liefern sein, weil die geschädigten Bezirke auf die Erzeugnisse des Ruhrgebietes mehr als auf die des Saargebietes angewiesen sind.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die Schäden Belgiens in vollem Umfang gutzumachen. Es ist daher kein Grund dafür zu erkennen, weshalb es gezwungen sein soll, Preussisch Moersnes, wie die Kreise Eupen und Malmedy abzutreten. Es ist keinerlei Beweis dafür zu erbringen, daß diese Kreise von einer unabweislich nicht deutschen Bevölkerung bewohnt werden. Die Volksabstimmung hat daher nach den vereinbarten Friedensgrundlagen keine innere Berechtigung. Nach dem Friedensvertrag soll sie aber nicht einmal ausschlaggebend sein. Vielmehr würde eine Instanz, an der Deutschland keiner Weise beteiligt ist, auch dann nach freiem Ermessen über die Zukunft des Gebiets bestimmen, wenn die Bevölkerung ihren Willen kundgeben hätte, bei Deutschland zu verbleiben. Diese Anordnung ist in sich unberechtigt und widerspricht den Grundfragen, daß

keinen nationalen Bestrebungen Befriedigung gewährt werden sollte, wenn dadurch neue Elemente von Hoff und Widerstreit geschaffen würden.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über Gebietsänderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen.

Neues vom Tage.

Eberts Ermahnung.

Berlin, 14. Mai. Reichspräsident Ebert jagte einem Schriftleiter des „Vorwärts“: Unsere Aufgabe ist es jetzt, zu den Staatsmännern als Menschen zu Menschen zu reden und ihnen den zwingenden Nachweis zu liefern, daß ihre Forderungen mit dem Gewissen und der Vernunft unvereinbar sind. Wir werden uns bis aufs äußerste zur Wehr setzen gegen einen Zustand, der nur die trügerische Vorpiegelung eines Friedens ist. Die Durchführung der Friedensbedingungen würde Deutschland in kurzer Zeit zu einem dünn besetzten Agrarland machen. Die Zustimmung zu diesem Vertrag könnte nichts anderes sein als eine aus der Verzweiflung geborene Lüge. Wir müssen die Geschlossenheit unseres Volkes erhalten oder wiederherstellen und den Volksgenossen, die man gegen ihren Willen von uns abtrennen will, unüberbrückliche Treue halten.

Kundgebungen gegen den Friedensvertrag.

Berlin, 14. Mai. Die gestrige Sitzung der preussischen Landesversammlung nahm scharf gegen die Friedensbedingungen Stellung. Abg. Graf-Franckfurt (Soz.) erklärte, ein solcher Friede würde den Bolschewismus im Gefolge haben. Abg. Bergl (D. N.) führte aus, der Entwurf sei von Grund aus unannehmbar. Die Gefahren bei Ablehnung seien vorübergehend, während die Annahme dauernde Vernichtung und Ehrverlust bringe. Abg. Herold (Ztr.) beronte, der Friedensentwurf bedeute geradezu die Hinrichtung. Dr. Friedberg (Dem.) sagte: Das internationale Gewissen wird wieder erwachen. Mögen wir bei Ablehnung in einigen Monaten Hungers sterben, — jedenfalls lieber, als solche Sklaverei. Abg. Dr. v. Krause (D. V.) erklärte, jeder müsse sich schämen, der in die Auslieferung des Kaisers einwilligte. Abg. Hoffmann (Unabh.) bezeichnete die Bedingungen als Halsabschneidervertrag. Er rief: Es lebe die Weltrevolution! (Widerpruch.)

In Berlin veranstaltete die sozialdemokratische Partei gestern nachmittags Kundgebungen, an denen Hunderttausende sich beteiligten. Sie verliefen ohne Störung und ohne jeden Mißton.

Der Bürgerrat und der Danjacob veranstalteten gestern im Circus Busch eine Massenversammlung gegen den Gewaltfrieden. Darauf bewegte sich ein riesiger Zug zum Reichskanzlerpalais, wo Scheidemann eine Ansprache hielt. Er warnte vor Unbekenntnissen, die die Verständigung nur erschweren könnten. — Die Unabhängige Sozialdemokratie hielt in 39 Sälen Versammlungen ab mit der Tagesordnung: „Warum wir den Frieden unterzeichnen müssen“. Abg. Haase führte u. a. aus, das gesamte Proletariat werde es sein, das den Diktatfrieden umstoßen werde. In einer Entschließung wird ausgesprochen: Der Machtlosen letzte Hoffnung ist der Schrei nach Gerechtigkeit. Der Protest Frankreichs hat die Welt fünf Jahrzehnte beherrscht; unser Protest wird das Schicksal der Völker für die kommenden Jahrhunderte bestimmen.

Berlin, 14. Mai. Aus dem ganzen Reich laufen formwährend Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden ein. Die Erregung hat ein hohes Maß erreicht; in der schärfsten Beurteilung sind alle Parteien einig. Der Bischof von Paderborn sandte an den Nuntius von München die Bitte, den Papst um Vermittlung bei den Ententemächten behufs Milderung der ungerfügbaren Friedensbedingungen anzugehen.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet aus Versailles, daß die geschlossenen Kundgebungen aller Parteien in ganz Deutschland auf die französische Presse einen starken Eindruck gemacht haben. Die sozialistische Presse verurteilt den Friedensvertrag aufs schärfste und dieser Energie, verbunden mit den zunehmenden Streiks in Paris sei es zuzuschreiben, daß auch die nationalistiche Presse sich beunruhigt zeige.

Bamberg, 14. Mai. Der Kellereuralt des bayerischen Landtags sagt in einem Aufruf an das Volk: Sklaverei ohne Ende! Glaube keiner, daß nur er getroffen werde. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen arm und reich. Darum laßt aus dem gemeinsamen Leben eine Einigkeit erwachsen. Behalt der Schrei an die Gerechtigkeit ungehört, so ist jahrzehntelanger Haß der Völker die sichere Folge neuer furchtbarer Kriege.

Erlöse Sklaven.

Berlin, 14. Mai. Unter der Ueberschrift „Erlöse Sklaven“ teilt der „Berliner Lokalanzeiger“ mit: 138 in Kriegsgefangenschaft gewesene Deutsche kamen gestern nachmittag in Berlin auf dem Schleißischen Bahnhof an. Die Bedauernswerten hatten in den sogenannten Arbeitskompanien im verwässerten Sommergebiet unter elendsten Verhältnissen Frondienste geleistet. Sie kamen sämtlich aus einem Lazarett und waren von einer amerikanischen Kommissionsgrößenenteils wegen Krankheiten, die sie sich bei ihrer Arbeit zugezogen hatten, zum Austausch bestimmt worden. Einstimmig fragten sie über schlechte Behandlung und ungenügende Ernährung, die das Los unserer armen Landsleute bei den Aufbaumungsarbeiten in Frankreich ist.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 14. Mai. (Havas.) Der Oberste Wirtschaftsrat erörterte die wirtschaftlichen Maßnahmen, die für den Fall getroffen werden sollen, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnet. Der Ausschuss hat nach den Angaben des Rats einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die Wiederherstellung der strengsten Blockade vorgesehen ist.

Paris, 14. Mai. Der Oberste Wirtschaftsrat erörterte die wirtschaftlichen Maßnahmen, die für den Fall getroffen werden sollen, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnet. Der Ausschuss hat nach den Angaben des Rats einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die Wiederherstellung der strengsten Blockade vorgesehen ist.

Paris, 14. Mai. Der Oberste Wirtschaftsrat erörterte die wirtschaftlichen Maßnahmen, die für den Fall getroffen werden sollen, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnet. Der Ausschuss hat nach den Angaben des Rats einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die Wiederherstellung der strengsten Blockade vorgesehen ist.

Die Verantwortung des Kaisers.

London, 14. Mai. „Daily News“ melden aus Paris, Frankreich erweise aus verschiedenen Gründen als die einzige Macht, die das Ansuchen um Auslieferung des Kaisers an Holland stellen könnte. Dem englischen König Georg werde man nicht zumuten, daß er die Auslieferung seines Vaters verlange. In Anbetracht der Schwierigkeiten erwarte man, daß die Frage durch ein gemeinsames Vorgehen der Mächte gelöst werde.

„Daily Express“ erzählt, Wilson trete dafür ein, daß das Verfahren gegen den Kaiser unter Aufsicht des Völkerbunds konstatieren gehe. Der Kaiser werde nicht die Erlaubnis erhalten, nach Deutschland zu gehen oder seinen Aufenthalt in einem an Deutschland angrenzenden Land zu nehmen.

Extratour Italiens?

Vern, 14. Mai. Der römische Berichterstatter der „Perseveranza“ meldet, in Rom werde die Lage als ganz unsicher angesehen. Man halte die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Deutschland für alles andere als sicher. Auch die Unterzeichnung Italiens sei zweifelhaft; die Zustimmung Italiens unter einem Frieden, der Deutschland wirtschaftlich ruiniert, wäre ein schwerer Fehler.

Havas meldet, es verlange, daß in italienischen Kreisen die Ansicht bestehe, zu einer Verständigung (mit Österreich) zu kommen, bevor der Vertragsentwurf in St. Germain an die österreichische Friedensabordnung überreicht wird. In italienischen Kreisen herrsche einiges Befremden darüber, daß nach den zuerst gefassten Beschlüssen Italien nur 350 000 Tonnen österreichische Schiffe zugeteilt erhalten solle, d. h. nur 45 Prozent der Einbuße Italiens an Schiffraum.

Kundgebungen in Frankreich.

Genf, 14. Mai. In Lyon ist wegen Kundgebungen gegen den Friedensvertrag der Verbündeten der Belagerungszustand verhängt worden. In Marseille ist ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen.

Die feindlichen Schiffverluste.

London, 14. Mai. (Neuer.) In Vertretung des Schiffahrtskontrolleurs teilt Leslie Wilson im Unterhaus mit, die Zahlen der durch schandvolle Handlungen verloren gegangenen Schiffe sind die folgenden: Großbritannien 2197 Schiffe mit 7 638 020 Brutto-Tonnen, Frankreich 238 Schiffe mit 696 845 Bruttotonnen, Italien 230 Schiffe mit 742 363 Bruttotonnen, Japan 29 Schiffe mit 120 176 Bruttotonnen, Vereinigte Staaten 80 Schiffe mit 341 512 Bruttotonnen. Unter den englischen Schiffen befinden sich 236 Reisedampfer mit insgesamt 1 387 359 Bruttotonnen.

Der Streit um den Kriegesold.

London, 14. Mai. Die „Times“ meldet: Nach Berichten der portugiesischen Presse hat Präsident Costa gegen den Vorschlag Wilsons, die Forderung Portugals von 6 1/2 Milliarden Mark als Entschädigung für die Teilnahme am Krieg abzulehnen, Protest erhoben. Portugal habe für seine Unterstützung keinerlei Gebiets- oder wirtschaftliche Vergütung erhalten, wie die anderen Bundesgenossen, und befinde sich daher in einer schwierigeren Lage als Deutschland.

Die Finanzen Tschecho-Slowakiens.

Prag, 14. Mai. Finanzminister Rasin teilte in der Nationalversammlung mit, daß der ordentliche Vorschlag einen Ueberschuß von 182 Millionen, der außerordentliche Vorschlag jedoch einen Fehlbetrag von 3324 Millionen Kronen aufweise. Rund 7 Milliarden Kronen seien zur Abstemmung angemeldet und davon rund 2 Milliarden zurückgehalten worden.

Eine Note Brodorskis an Oesterreich.

Versailles, 14. Mai. (Havas.) Graf Brodorski-Rankau setzte mit seinen 5 Mitarbeitern eine Note an Deutsch-Oesterreich auf, die ein Kurier der deutsch-österreichischen Friedensabordnung überbringen wird.

Versailles, 14. Mai. Die Ankunft der österreichischen Delegation in St. Germain ist auf heute abend festgesetzt. Wie die deutsche Abordnung werden auch die Österreicher mit der Außenwelt nicht verkehren dürfen. Ob und wann eine ungarische Delegation eintreffen wird, scheint noch ungewiß zu sein.

Keine Probezeit.

London, 14. Mai. „Daily Herald“ vom 13. Mai meldet, sowohl in England als auch in Frankreich gewinne der Gedanke an Boden, daß Deutschland in den Völkerbund sofort aufgenommen werden sollte.

Rechtfertigung des neuen Dreibunds.

Washington, 14. Mai. Wilson telegraphierte an den amerikanischen Senat, er habe Frankreichs Versprechen, dem Senat eine „ergänzende Bestimmung“ des Völkerbunds vorzulegen, wonach sich Amerika und England verpflichten, Frankreich sofort Hilfe zu leisten, wenn es von Deutschland überfallen werde. Das heiße nichts anderes, als die Handlung beizulegen, zu der Amerika durch den Völkerbund ohnedem verpflichtet sei. (Wer sich entschuldigt, sagt sich an, jagt das Sprichwort.)

Amerika erkennt die englische Herrschaft über Ägypten an.

Paris, 14. Mai. (Havas.) Es wird amtlich be-

stätigt, daß die amerikanische Regierung das englische Protektorat über Ägypten anerkenne.

Paris, 14. Mai. (Havas.) Ein Dekret hebt die meisten Ausfuhrbeschränkungen auf. Nur einige Artikel, die zum Wiederaufbau des Kriegsgüterdienstes sollen, sind noch nicht frei. Überwiegend die Ausfuhr von Gold.

Papiermangel in Budapest.

Budapest, 14. Mai. (Ung. Korr. Bur.) Infolge des außerordentlichen Papiermangels hat die Regierung die zeitweilige Einstellung einer Reihe von Tageszeitungen verfügt.

Der Millionenraub.

Berlin, 14. Mai. Die Abendblätter melden zu dem Spandauer Millionenraub, daß Leutnant Stugel sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Der Verdacht gegen seinen früheren Vorgesetzten Fröschel hat sich dagegen verstärkt. Fröschel ist seit dem Tage verschwunden, als die erste Nachricht von dem Millionenraub in die Öffentlichkeit drang. Auch Spandauer Spartakisten sind in die Angelegenheit verwickelt.

Der Prozeß Liebknecht.

Berlin, 14. Mai. Im Liebknecht-Auzemburg-Prozeß beantragte der Vertreter der Anklage folgende Strafen: Wegen des Ostaren Mordes wegen eigenmächtigen Verlassens eines Postens im Felde, verurtheilt Todschlags und gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Dienstwaffe in zwei Fällen, ferner wegen Gebrauchs falscher Papiere eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, 6 Monaten Gefängnis, 2 Wochen Haft, ferner Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahre und Entfernung aus dem Heere; gegen die Leutnants Stiege, von Mittgen und Vietmann, sowie gegen den Kapitänleutnant Dorst von Blügel-Hartung wegen Vergehens gegen Par. 211 die Todesstrafe, dauernden Verlust der Ehrenrechte und Entfernung aus dem Heere; gegen Leutnant Vogel die Freisprechung wegen Tötens strafbarer Handlungen seitens Untergebener, dagegen wegen verurtheilten Mordes in Verbindung mit Par. 41, Abs. 2 Mit-Strafgebuß 3 Jahre Zuchthaus, ferner wegen Verlassens eines Postens 6 Wochen Gefängnis, wegen dienstlicher Falschmeldung 5 Wochen Gefängnis, insgesamt eine Strafe von 5 Jahren, 1 Monat Zuchthaus, 1 Woche Haft, Entfernung aus dem Heere. Gegen die Angeklagten Leutnant Schulte und Hauptmann von Pflugl-Hartung wurde Freisprechung beantragt.

Levine verhaftet.

München, 14. Mai. Der Kommunistenführer Levine-Rieken ist heute Nacht verhaftet worden. Auf seine Ergreifung war eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt.

Konstanz, 14. Mai. Gestern abend um 7 Uhr und wieder 400 schwerverwundete deutsche Krieger aus Frankreich hier eingetroffen.

Conrad Hauffmann gegen den Gewaltfrieden.

Wir sind in der Lage, die Rede des Führers der württ. Demokratie, Conrad Hauffmann, welche er in der Nationalversammlung gegen den uns angebotenen Gewaltfrieden gehalten hat, wiederzugeben.

Im Namen der deutschen Demokratie erhebe ich Anklage gegen die Demokratien von Frankreich, England und Amerika, weil sie die Grundzüge der Demokratie vergeblich lassen wollen durch einen Frieden, von dem der englische Politiker Snowden ausgesprochen hat: „Dieser Friede ist ein Verrat an der Demokratie und an den Geschlossen Englands.“ Der holländische Sozialistenführer Troelstra hat gefaselt erklärt: „Dieser Friede ist ein Bündnis der siegenden Nationen, um den Besiegten das Blut unter den Nägeln wegzuholen.“ Und ich sage: „Dieser Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Die Entente hat geglaubt, daß Deutschland Grund habe, sich vor ihrem gerechten Kriegszielen zu sorgen. Heute tritt uns ein Verhältnismäßig der Entente uns gegenüber entgegen der die Notwehr und sogar die Notwehrgefahr rechtfertigt.

Die Handelskriege Europas unterbinden den Blutumschlag der Mitte Europas, vertreiben Afrika und Asien und erteilen Amerika das „Mandat“, Konstantinopel zu beherrschen. Dies ist der Grundstein der Herrschaft, die Amerika über Europa durch den Wahnsinn dieses europäischen Krieges antritt. Der Glanz der Krone von Byzanz soll die Demokratie Amerikas blind machen gegen die Ungerechtigkeiten Deutschlands gegenüber.

Der Friede, der sich gegen Deutschland richtet, ist der Anfang zu einer Verrohung des Völkerrechts und einseitiger Souveränität des deutschen Volkes, denn er verlangt, daß Deutschland Gesetze geben und Verträge schließen muß gegen seinen Willen. Der Versuch der Unterwerfung Deutschlands geht soweit, daß man in Artikel 432 zu sagen wagt:

Die Fragen betrefse der Befehle, die nicht durch vorliegenden Vertrag geregelt werden, werden den Gegenstand späterer Abmachungen bilden, die anzuerkennen Deutschland bereits jetzt verpflichtet.

Deutschland wird durch diesen Vertrag unter Kuratel gestellt und wir ein Kolonial beherrscht, von der der Vertrag sagt, daß die Kolonien von den höher zivilisierten Nationen geleitet werden müssen.

Was die Gebietsentziehungen und Annexionen anlangt, so ist der Entwurf eine „Annullation“ und eine Wüstentat. Man raubt die Kolonien und das deutsche Volk ohne auch nur die Ehre zu haben; reißt die Saarbevölkerung vom deutschen Volk unter Bedingungen, denen man den Wunsch anmerkt, sie sollen niemals eingehalten werden können, daß es also nur eine verhasste Annexion ist. Das gleiche gilt für das Rheinland, das wir für die Entschädigungsummern, die noch gar nicht festgelegt sind, versäuhen sollen. Preußen soll zerstückelt werden, und ich — ein Süddeutscher — frage aus, daß das ein Streich gegen das Volk von Deutschland ist. Schon aus diesen Gründen können wir niemals in diesen Vertrag einwilligen, weil wir die Unabhängigkeit, die sich nach uns ausstrecken nicht zurückstoßen wollen, ohne das innere Band, das einzig sein soll, selbst zu erschüttern. (Bravo.)

Das wirtschaftliche Deutschland soll in ein Netz von Verordnungen verstrickt werden; man nimmt ihm alle wertvollen Schätze und internationalisiert die deutschen Fische. (Hört, hört.) Man nimmt den badiischen Rhein und entzieht uns die Wasserkräfte, die weisse Kohle, nachdem man die schwarze schon beschlagnahmt hat. Man entwertet die Reichsanleihen und macht dadurch alle Sparkassen und Arbeiterversicherungen bankrott. Man gibt die deutsche Arbeiterbevölkerung der wachsenden Verelendung preis; was können wir noch reden von Sozialisierung und von Arbeiterräten, durch die sich die Arbeiter eine neue Zukunft bauen wollten, wenn alle Mittel dazu weggeholt werden durch den Feind? Das heißt die Gesellschaft der Nationen ist in der Wirtschaft eine „Völkervergesellschaft“, in welcher der Tiger zum Gärtner gemacht ist.

Das Ganze ist eine vollständig widerspruchsvolle Politik, die zur Katastrophe, die aber zu Entschädigungen führen wird. Aber über das hinaus vertritt der Vertrag gegen die Vereinbarungen vom 5. November. Ordnung hat das einen „Wortbruch“ genannt und ich spreche aus: „Wenn unser Heer und unsere Arbeiter auf-

Württemberg.

5. und 6. November gewagt hätten, daß der Friede so all-
fähr, dann würde unser Heer und selbst die Soldatendiebstahl
die Waffen nicht niedergelegt haben und unsere Arbeiter würden
ausgehärtet haben, bevor sie Deutschland zu niederwerfen ließen.

Wie sind wechlos, aber nicht willenlos. Der Feind kann
den Krieg fortführen gegen Waffenlose, er kann einen Landsturm
ins Land setzen. Wir aber müssen erklären, und ich erkläre es
namens meiner Freunde, daß dieser Vertrag unannehmbar ist
das ist unser fester Wille. Der Feind wird einmarschieren;
kann die Hungerblockade machen; er kann der Welt das Schan-
del einer Hungerebreitung geben. Aber der Abblid dieses
Martyriums der Vaterlandsliebe wird für uns für Gerechtig-
keit werden auch in den Herzen aller ausländischen Ausländer.
Und wenn die Entente behauptet, Deutschland habe sich nicht ver-
ändert und müsse deshalb gestraft werden, so erkläre ich als
Vertreter des Verfassungsausschusses, daß nie ein Volk eine
freiere Verfassung haben wird, als die, die jetzt aus dem Volks-
geist geschaffen wird. Die weitere Entwicklung, wir hätten nie
verhandeln wollen, ist ebenfalls eine Unwahrheit. Am 15. Janu-
ar 1918, also vor der Frühjahrsoffensive, habe ich ein Ver-
ständnis eines Neutralen mit einem hochangesehenen Engländer
konferiert und ihm die förmliche Erklärung abgegeben, daß
deutsche Parlamentarier bereit sind, mit englischen Parlamen-
tarier zu verhandeln, wenn Männer erscheinen — ich bitte die
auswärtige Presse diese Namen zu notieren, damit die Herren
es erfahren, wie Lord Buxton, Lord Curzon, Lord Haldane,
Lord Lansdowne u. a. und auf deutscher Seite seien bereit, mit ihnen zu
verhandeln die Abg. Lehmann, Ebert und Hanfmann, die alle
berechtigt waren, die Mehrheit des Reichstages und eine neue
Politik zu vertreten. Diese Mitteilung ist durch den englischen
Botschafter von Bern nach England telegraphiert worden; bis
heute habe ich nie eine Antwort erhalten, ob die Herren die
Ausforderung erhalten haben und nicht kommen wollten, oder
ob es ihnen unterlag worden ist. (Hört, hört.)

So glaube ich, sagen zu müssen: Wir Deutsche haben ge-
lernt, den Krieg zu hassen; zwingt man uns nicht, diese unsere
Überzeugung zu verlieren. Wenn wir alle, auch die Deutschen,
Fehler schwerer Art gemacht haben, können die Deutschen und
sollen alle vergessen, wenn nicht jetzt ein graniternes Unrecht
an Deutschland neu verübt wird.

Wir bitten die Regierung, die Sache Deutschlands in dem
Geiste zu führen, der heute verkündet worden ist. Die Partei-
unterschiede in Deutschland werden klein; wir fühlen, wie ein
Gemeinschaftsgefühl wächst. Zum Schluß will ich ein Wort, das
aus den Gefühlen von hundert Jahren gesprochen ist, an-
führen das in dieser Stunde ins tiefste Herz greift. Die „drei
Bekanntnisse“ eines Deutschen lauten: Ich lag mich los von der
Hoffnung der Errettung durch die Hand des Zufalls, von der
dummen Erwartung der Zukunft, die ein stumpfer Sinn nicht
erkennen will; von der kindischen Hoffnung, durch niedrige
Unterwürftigkeit das Vertrauen eines Tyrannen zu gewinnen. Ich
glaube und bekenne, daß ein Volk nichts höher zu achten hat,
als die Würde und Freiheit seines Vajens; daß der Schand-
fleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist. Ich erkläre
der Welt, daß ich die falsche Klugheit, die sich der Gefahr
entziehen will, für das verderblichste halte, was Furcht und Angst
einführen können, daß ich mich nur glücklich fühlen würde,
einst in dem herrlichen Kampf um Freiheit und Würde des
Vaterlandes einen glorreichen Untergang zu finden.

Das sind in der Stunde der höchsten Gefahr die Gefühle
des Vaterlandsliebe, und wir alle wollen uns geloben, daß wir
unser unglückliches Vaterland noch mehr lieben, als wir unser
einst glückliches Vaterland geliebt haben.

Baden.

(-) Karlsruhe, 14. Mai. Der bad. Landtag
tritt am Freitag den 16. Mai, vorm. halb 10 Uhr,
zu einer Sitzung zusammen, um zu den Friedensbe-
dingungen Stellung zu nehmen.

(-) Karlsruhe, 14. Mai. Der Landesvorstand der
Unabh. sozialdem. Partei Badens erklärt in der „So-
zialistischen Republik“ einen Aufruf, der sich mit den
Friedensbedingungen der Entente befaßt und dabei die
jetzige Regierung scharf angreift, die unfähig sei, einen
Frieden zu schließen. Die jetzige Regierung habe zu
verschwinden und einer Regierung Platz zu machen, die
vom Vertrauen der breiten Masse der deutschen Ar-
beiterschaft getragen werde. Die Unabh. Sozialdemokratie
erwarte von ihren Massengenossen, den revolutionären
Arbeitern Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens
alles, sie protestiere aber auch gegen die Ausbeutung
eines einzelnen Menschen, wie eines ganzen Volks.

(-) Weinheim, 14. Mai. Die Aussichten der Ob-
sternte sind keineswegs so ungünstig, wie es bisher den
Anschein hatte. Allerdings sind Pflanz-, Aprikosen und
Frühfrüchte meist in der Blüte erkrankt, im übrigen
haben aber die Obstbäume gut verblüht und bei Spät-
früchten, Äpfeln, Birnen, Mirabellen und Zwetschgen
lassen die Fruchtansätze eine zufriedenstellende Ernte
erhoffen.

(-) Weinheim, 14. Mai. Die Kohlen- und Koks-
preise werden im Lauf des Monats wieder erhöht wer-
den. Wie man in Kohlenhändlerkreisen erfahren hat,
stellen sich die Preise ungefähr um 3—400 Mk. für den
10-Tonnenwagen höher. Der Kommissar beim staatlichen
Preisamt soll diese vor einigen Monaten bereits ge-
fordert, aber nicht genehmigten Preisaufschläge nun
mehr gutgehen lassen.

(-) Ottenhofen b. Achern, 14. Mai. Seit mehreren
Tagen werden auf dem hiesigen Bahnhof viele Wagen
Kostantienland verladen. Dasselbe wird dem „Achern-
und Bühlerboten“ zufolge nach Norddeutschland verfrachtet,
wo es mit Tabak vermischt und zur Herstellung von
Zigaretten verwendet wird. Für den Zentner Kostantien-
land werden 23 Mk. bezahlt, so daß für einen Wagen
Laub 5—6000 Mk. gelöst werden.

(-) Billingen, 14. Mai. Durch Feuer ist das Säge-
werk „Behar“ samt großen Holzvorräten zerstört wor-
den. Der Brandschaden wird auf 80000 Mk. geschätzt.
Durch das Feuer ist viel Holz zerstört worden, das
für die von der Baugenossenschaft zu erhellenden Wohn-
häuser bestimmt war.

(-) Freidurg, 14. Mai. Der Stadtrat hat dem
Bürgerausschuß eine Vorlage über die Erhöhung einer
Warmwasserabgabe in Guntersblenthal zugehen lassen.
Falls dieser Versuch fehlschlägt, sollen am Schloßberg
Bohrversuche unternommen werden. Nachwissenschaftliche
Erforschungen lassen eine hohe Wasserwärme und hohen
Kohlensäuregehalt erwarten.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck läßt zwar nach, befindet sich aber
noch in günstiger Stellung. Am Freitag und Samstag
ist fortgesetzte Gewitterneigung, sonst aber trockenes und
warmes Wetter zu erwarten.

(-) Stuttgart, 14. Mai. Neues Mandat.
An Stelle des Professors D. Bärker-Tübingen, der
wegen Ueberbürdung sein Mandat niedergelegt hat
tritt Bezirkschulinspektor Schulrat Goller (Bürgerpartei)
in die Landesversammlung ein.

(-) Stuttgart, 14. Mai. Personalauwei-
der Landesrenten.) Das Ministerium des In-
nern teilt mit: Koch immer scheint es nicht genügend be-
kannt zu sein, daß nach der Verordnung der prov. Re-
gierung vom 18. Januar ds. Js., jeder Reichswürttember-
ger, der sich in Württemberg aufhält, sich durch einen Paß
oder Paßertrag über seine Person ausweisen muß. Zu
widerhandelnde müssen gewärtigen, aus Württemberg aus-
gewiesen oder an der Landesgrenze zurückgewiesen wer-
den. Um Unannehmlichkeiten zu entgehen, empfiehlt es
sich übrigens auch für württ. Staatsangehörige, Reiser
innerhalb Württembergs, bis auf weiteres nicht ohne
einen mit Lichtbild versehenen gültigen Reisepaß zu unter-
nehmen.

(-) Stuttgart, 13. Mai. (Bubenstreich.) Ge-
stern Abend wurde beim Kiensteinertunnel auf den von
Ulm kommenden Personenzug ein Gewehr oder Re-
volverentwurf abgesetzt. Ein Reiser ist zertrümmert
Personen wurden nicht verletzt.

(-) Sölingen, 14. Mai. (Gemeinderatswah-
len.) Bei der Gemeinderatswahl erhielten die Deutsch-
demokratische und Sozialdemokratische Partei je 9, die
Unabhängigen 8, Bürgerpartei 3 und das Zentrum 1 Stimm-
en.

(-) Heilbrunn, 14. Mai. (Arbeitsniederle-
gung.) Infolge Weigerung der hiesigen Metallindu-
striellen, ihren Beamten eine einmalige Teuerungszulage
zu gewähren, haben gestern die Kräfte der Heilbrunner
Fabrikwerke, J. Weipert und Söhne und Maschinen-
baugesellschaft die Arbeit niedergelegt.

(-) Gundelsheim, O.A. Neckarjhm, 13. Mai. (Un-
glücklicher Schuß.) Der Postgehilfe Robert Schu-
ler von Tiefenbach hat, als er mit dem Revolver
hantierte, die Postgehilfin Verta Lederer von hier
durch einen unglücklichen Schuß in die Stirn getrof-
fen. Die Lederer war gleich tot. Der Schuß bekam
einen Totschußanfall und mußte zunächst ins Kranken-
haus geschafft werden.

(-) Heutlingen, 14. Mai. (Spende.) Ein hoch-
herziger Wohlthäter hat dem hiesigen Verein für Volks-
bildung den Betrag von 50000 Mk. übergeben.

(-) Eberstadt, 14. Mai. (Gemeinderats-
wahl.) Bei der Wahl am Sonntag wurden je 5 Mit-
glieder der Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen
Partei und der Mehrheitssozialistischen Partei, sowie 1
Unabhängiger gewählt. Zentrum und Demokraten, so-
wie Mehrheitssozialisten und Unabhängige hatten ihre
Liste verbunden.

(-) Heidenheim, 14. Mai. (Sonntagsruhe.)
Die Handelskammer hat sich gegen den Labenschluss
in Sonn- und Festtagen ausgesprochen. Als Entschä-
digung für die unvermeidliche Sonntagsnachmittagsarbeit
vorschlägt sie die Freigabe eines anderen Wochentags-
mittags.

(-) Ulm, 14. Mai. (Kaiser Tod.) Professor
Theodor Koch am hiesigen Realgymnasium ist auf dem
Deimweg von der Schule einem Schlaganfall erlegen. Bei
Ausbruch des Kriegs trat der 60jährige, der schon den
Feldzug 1870/71 mitgemacht hat, als Kriegsfreiwilliger
in die Front ein.

(-) Ulm, 14. Mai. (Toller.) Die Stadtkom-
mandantur von Neu-Ulm teilt mit: Die Nachforschun-
gen haben ergeben, daß Toller seit September 1918
nicht mehr in Neu-Ulm war. Den eingegangenen Er-
kundigungen nach steht fest, daß Toller, sich in Mün-
chen verborgen hält.

(-) Schura, O.A. Tuttingen, 14. Mai. (Berühmt.)
Zeit Samstag wird der älteste Sohn Jakob des Bauern
Christian Link, ein Kriegsinvalide, vermisst.

(-) Saulgau, 14. Mai. (Beschlagnahme.) Die
Schubrol beschlagnahmte bei hiesigen Schießern ein Ma-
schinengewehr und ein Auto.

(-) Sölingen, 13. Mai. (Verleumdung.)
Am Wasserhaus wurde die Leiche einer etwa 25 Jahre
alten, anscheinend den besseren Ständen angehörigen
Krankeperson gefunden.

(-) Leonberg, 13. Mai. (Wahl.) Bei der Stadt-
ratwahl wurde gestern der Kandidat der verein-
igten bürgerl. Parteien, Schultheiß Kurt von Kober-
ger, mit 742 Stimmen gewählt. Sein sozialdem. Ge-
genkandidat Winkler, hies. Registrator in Stuttgart,
Mitglied der Landesversammlung, erhielt 608 Stimmen.
Von 1625 Wahlberechtigten haben 1372 abgestimmt.

(-) Baihingen a. E., 13. Mai. (Einzelfahrer.)
Krankenkassenverwalter Widmann ist infolge verschie-
dener Vorkommnisse in der Verwaltung und Kassen-
führung von einem Amt entbunden worden.

(-) Lehringen, 13. Mai. (Stadtschulthei-
senwahl.) Das Ergebnis der Stadtschultheisenwahl
ist: Wahlberechtigte 2325; Abstimmende 1945; Berner
1118, Rev. Reich 826, ungültig 2. Stadtschulthei-
Berger von hier ist also mit 298 Stimmen Mehr-
heit gewählt.

(-) Gmünd, 13. Mai. (Festnahme.) Der bis-
herige Vazarentinspektor J., der am Heckerberg in
Stuttgart angeheiratet war, wurde wegen Diebstahls und
Krauserei festgenommen.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 14. Mai.
Vizepräsident Dr. Koch eröffnet die Sitzung um 4:15 Uhr.
Zur Berlesung gelangt ein Schreiben des Abg. v. Wucher,
wonach er mit Rücksicht auf die Aufgabensituation das Sommer-
semester an seine Arbeitskraft stellen würde sein Mandat
zur Landesversammlung in jeder Weise sich genügt sehe.
Erste Beratung des zweiten Nachtrags mit den Forderungen
in Höhe von 489.900 Mk. für Arbeitsministerium und
Ernährungsministerium. Der Antrag des Finanz-
ausschusses geht dahin, sowohl die Forderung für das Arbeits-
ministerium (428.900 Mk.), wie für das Ernährungsministerium (41.000
Mk.) zu bewilligen.
Zum Arbeitsministerium beantragt der Ausschuss noch: Die
Staatsregierung zu ersuchen, in das Arbeitsministerium alle mit

wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben für Gewerbe, Han-
del und Industrie betrauten Stellen zu einbauen, daß die ganze
Wirtschafts- und Sozialpolitik ausschließlich dem Ar-
beitsministerium untersteht.

Ferner ist im Ausschuss auf Antrag Graj folgende Ent-
scheidung einstimmig beschloffen worden: Die Regierung zu
ersuchen, eine Arbeitsstelle vorzulegen, auf der die jetzt dem Inter-
nen der provisorischen Regierung in wichtigeren Staatsämtern
angestreteten Personalveränderungen ersichtlich sind.

Die Abg. Borchgrevink und Fajert (Soz.) haben dem
Antrag eingebracht, das Schlichtungswesen dem Ar-
beitsministerium anzugliedern.

Abg. Wüder (B.V.) führt aus, die Begründung des Ent-
wurfs sei sehr dürftig; insbesondere werde nicht gesagt, warum
die Zentralstelle für Gewerbe und Handel nicht mehr genügen
soll; interessant wäre es auch zu erfahren, was das Arbeits-
ministerium bis jetzt getan habe. Anzuerkennen sei, was
das Arbeitsministerium auf dem Gebiet der Vermittlung
geleistet hat. Die öffentlichen sozialen Aufgaben seien von den
früheren Behörden mindestens ebenso gut durchgeführt worden
als von diesem neuen Ministerium.

Abg. Eggert (E.) Das Arbeitsministerium sei nötig,
weil Handel und Gewerbe in eine völlige Terrütierung geraten
waren. Ohne besondere Schlichtungsausschüsse können die zu-
künftigen Kämpfe nicht in befriedigender Weise beigelegt werden.
Eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitsministeriums seien
die Begehrhaltung unserer Arbeit und die Beirredung.

Abg. Beyer (B.V.) Ein Arbeitsministerium ist schon
lange vor dem Ende des Kriegs gefordert worden. Wir er-
warten daß dieses Ministerium sich auswächst zu einem Mini-
sterium für Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Diesen Kriens-
aufgaben wäre die veraltete Organisation der Zentralstelle nicht
gemäßen.

Abg. Graj (E.) Der vorliegende Ausgabeposten stellt
an die Vermittlungsausschüsse große Anforderungen, zumal in
nicht zu ferner Zeit mit einer dauernden Ausgabe von einer
Million Mk. wird gerechnet werden müssen.

Abg. Lauterbach (Soz.) begründet den Antrag, daß dem
Arbeitsministerium eine besondere Abteilung für Schlichtungs-
wesen angegliedert werde.

Abg. Schuler (E.) Wir können die Schaffung des Ar-
beitsministeriums begreifen, wenn es sich der Räte des Hand-
werks annimmt.

Abg. Hockha (U.S.P.) erklärt sich mit der Verlegung
des Arbeitsministeriums gleichfalls einverstanden.

Arbeitsminister Schlichter: Schon Ministerpräsident v. Weis-
sicher hat sich mit dem Plan eines Arbeitsministeriums getraut.
Die Kriegswirtschaft hat die Notwendigkeit einer Wirtschaftspoli-
tik erwiesen; die Zentralstelle wäre nicht ausreichend gewesen,
weil sie keine Verfügungsgewalt hat. Beim Arbeitsministerium
werde kein Mangel an Arbeit eintreten. Der Arbeits-
minister war bisher das Stellglied der Regierung; aus diesem
Gebiet haben die Schlichtungsausschüsse schon manches Erprob-
te geleistet; ein Nachteil derselben ist, daß sie nicht aus ge-
wählten Mitgliedern bestehen, sondern aus ernannten. Nur eine
bestimmte Form des Schlichtungswesens können wir uns heute
noch nicht festlegen, um so weniger als eine reichsgesetzliche
Regelung in Aussicht zu nehmen ist. Wie sind bemüht, das
Arbeitsministerium zu einem Förderer des Wirtschaftslebens aus-
zubauen.

Stuttgart, 14. Mai.

Am Regierungstisch: Arbeitsminister Schlichter und Frau
Lindemann.

Fortsetzung der zweiten Beratung über den Nachtragsent-
wurf Arbeitsministerium.

Abg. Henne (B.V.) Die Zentralstelle für Gewerbe
und Handel hat unseres Erachtens abgemindert. Wir müssen
die Wirtschaftstragen ohne Parteinteresse behandeln.
Der Abg. Bezille (B.V.) und Gen. beantragen: 1. Die
Einrichtung eines besonderen Arbeitsministeriums abzuheben, 2. Die
Zentralstelle für Gewerbe und Handel in eine Abteilung des
Ministeriums des Innern umzuwandeln und ihr die Geschäfte
des Arbeitsministeriums zu übertragen.

Arbeitsminister Schlichter: Es ist richtig, daß die in Stutt-
gart bezahlten Sätze für die Erwerbslosen die höchsten waren.
Die Zahl der Erwerbslosen ist in letzter Zeit zurückgegangen; sie
betrag z. B. in Stuttgart im März 10.429, im Mai 6254.

Frau Anna Lindemann: Die Arbeit der Frau muß ge-
fördert, dagegen alles bekämpft werden, was die Gesundheit der
Frau schädigen kann. Die Frau hat im Kriege übermenschliches
geleistet, so daß der Wunsch, jetzt von den Strapazen auszu-
ruhen und die Erwerbslosenfürsorge für sich in Anspruch zu
nehmen verständlich ist.

Abg. Oengler (E.) Dem Antrag Bezille können wir
nicht zustimmen. Das Schlichtungswesen ist in erster Linie Reichs-
aufgabe. Es ist notwendig, daß der Grundzug, man nehme
die Tätigkeiten aus allen Parteien, auch Linken wird.

Abg. Wüder (B.V.) Den Wirtschaftssozialismus des Ar-
beitsministeriums kann ich nicht teilen. Wir gehen früher ent-
gegen, die recht tranrig sein werden. Wir haben früher unseiner
wirtschaftlichen Aufstieg nicht einem Arbeitsministerium verdankt,
wohl aber der Tüchtigkeit des Privatkapitals, der Unternehmer,
woher der Tüchtigkeit des Privatkapitals, der Unternehmer.

Abg. Zetkin (U.S.P.) Wir begreifen die Abteilung für
Frauenarbeit. Wir verlangen, daß zu den Gewerbeinspektionen
auch Kitzinnen herangezogen werden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Graj (E.) wird der
Ausschussantrag (Beibehaltung des Arbeitsministeriums) gegen die
Stimmen der Bürgerpartei angenommen, ebensol der Antrag
Borchgrevink (Anngliederung der Schlichtungsausschüsse an das Ar-
beitsministerium) gegen Zentrum und Bürgerpartei, dagegen wird
der Antrag auf Abschaffung eines besonderen Arbeitsmini-
steriums gegen die Stimmen der Bürgerpartei abgelehnt.

Bei dem Kapitel Ernährungsministerium bemerkt Abg.
Sommer (E.): Auch das Ernährungsministerium ist unbedingt
notwendig. Der Minister möge dem Höchstpreiswesen seine be-
sondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Pflüger (E.) Die Erhöhung des Milchpreises
von 32 auf 50 Pf. hat in weiten Kreisen der Bevölkerung
große Unruhe hervorgerufen. Für Neu, dessen Höchstpreis pro
Zentner 10 Mk. beträgt, werden im Schleichhandel 30 Mk.
bezahlt. Der Landwirt hat sich nur geduldet, wenn wir mit dem
Wohn der Preise ernst machen. Es würde sich empfehlen, am
dem Schleichhandel und den Schwarzschlächtereien wirksam zu
begegnen. Wucherhandelsrichte einzurichten. — Die Beratung wird
abgebrochen.

Flugleistung. Neulich ist mir mitgeteilt, ein Flugzeug des
Luftverkehrs in Berlin in Konstanz eingetroffen. Das Flugzeug
hat den Rückweg in 5 1/2 Stunden zurückgelegt. Man kann am
12. Mai ein zweites Flugzeug in Konstanz ab, das für die gleiche
Strecke nur 4 1/2 Stunden brauche. Man kann daraus, welche
Schnelligkeit das Flugzeug als Verkehrsmittel haben wird.

Platzindirekt. Nur der Teufel verheißt nicht Platin
im Wert von 50.000 Mk. zu erhalten. Drei Preisen wurden
versteigert. Das Platin war nach Dortmund verschifft worden
und wurde dort versteigert.

**AMBI-
Dachstein-Maschine**
für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Neuer Marschzug. Infolge der Friedensbedingungen ist der Marschzug in der Schweiz innerhalb zwei Tagen von 45 auf 37 Rappen (29 1/2 Pfg.) gesunken.

Teuerungszulage für Kriegshinterbliebene. Wie der Kriegshinterbliebenen der Unter-Klassen eine laufende Teuerungszulage vom 1. Juni ab monatlich gezahlt werden. Die Zulage ist auf 40 vom Hundert der jetzigen Arbeitsbezüge festgesetzt.

Verteilung des Heeresguts. Wie das Reichsernährungsministerium mitteilt, sind die Bestände der Heeresverwaltung an Kaffee den Arbeitern der Eisenbahnverwaltungen, der Bergwerke und der Hochöfenbetriebe zugeteilt worden. Der Wein wurde der Weinhandelsgesellschaft in Berlin zum Vertrieb überwiesen. Die großen Bestände an Gewürzen haben noch keine Verwendung gefunden, da der Großhandel angesichts des zu erwartenden billigeren Angebots vom Ausland die verlangten Preise nicht ansetzen will und die Verteilung durch die Kommunalverbände auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Kakao und Schokolade soll für Krankenhäuser und Kinder Verwendung finden. Die Lebensmittelvorräte der Heeresverwaltung sind im ganzen sehr erheblich.

Freigabe. Vom 1. Mai ab ist der Handel und die Einfuhr von Dörmen freigegeben. Seit dem 25. April ist auch der Verkehr mit Seetang und Seegras frei, doch sind die daraus hergestellten Futtermittel auch weiterhin der Reichsfuttermittelstelle zum Kauf anzu-bieten.

Vermischtes.

Ein Gedenktag. Am 10. Mai waren es 400 Jahre, daß Hög v. Berkingen, der Ritter mit der eisernen Hand, als Burgmann der Burg „Mechmühl“ gefangen genommen wurde. Die Burg wurde, nachdem die Stadt selbst vom Herzog Ulrich vorher abfiel, von dem Heer des Schwäbischen Bundes belagert. Als Wasser, Lebensmittel und Munition ausgingen, machte Hög in der Nacht vom 10. auf 11. Mai einen Ausfall, wurde dabei ermordet und mit der Mehrzahl seiner Kriegersleute gefangen genommen. 35 Mann wurden erstochen. Hög selbst wurde nach Heilbronn in das Gefängnis gebracht und nach 3 1/2 Jahren durch ein Lösegeld von 2000 Gulden aus der Haft entlassen.

Der Kronprinz und Ludendorff. Wie jetzt bekannt wird, sandte der Kronprinz an General Ludendorff einen Brief, worin er die bekannnten Mitteilungen fremder Journale, der Kronprinz habe sich in Unterredungen mit ihnen abfällig über die Kriegsführung Ludendorffs geäußert, als dreifachen Schwindel bezeichnet. Die angeblichen Unterredungen haben teils gar nicht stattgefunden, teils habe er in einigen Fällen, wo Journalisten zu ihm gekommen seien, das Gegenteil gesagt.

Konzert-Programm

der
KUR-KAPELLE WILDBAD
Leitung: Musikdirektor P. Frantz

Freitag, 16. Mai, vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

1. Choral.	
2. Ouvertüre „Josef und seine Brüder“	Mehrl
3. Frühlings Erwachen, Romanze	Bach
4. Melodien aus „Lohengrin“	Wagner
5. Serenade	Ohlsen
6. Zigeunerstüdchen	Nehl

nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Trinkhalle

1. Marsch der Fingland. Reiterai	
2. Ouvertüre „Figaros Hochzeit“	Mozart
3. Paraphrase über Abt's Lied „Waldandacht“	Nehl
4. Melodien aus „Stradeila“	Flotow
5. Erstes Glück, Gavotte	Salabert
6. Lob der Frauen, Mazurka	Straub

abends 5—6 Uhr Kurplatz

1. Alter Armeemarsch	
2. Ouvertüre „Die weiße Dame“	Boldicci
3. Paraphrase über „Die Loreley“	Neswädha
4. Finsie aus „Don Juan“	Mozart
5. Zug der Frauen aus „Lohengrin“	Wagner

Briefkasten-Notiz.

Frau A. R. Calmbach, Die Fürsorgegesetz, Kriegsweib und Kriegserwitwen betreffend, beziehen auch für Walmbach. Schreiben Sie sich an die Bezirks-Kriegsfürsorgestelle in Neuenbürg oder an Ihren Ortsvorsteher. Die eingehenden 3 Mark können Sie wieder abholen, da wir für Briefkasten-Notizen nichts berechnen.

Letzte Nachrichten.

Graf Brockdorff-Rantzau dürfte doch in die Lage kommen, mit den Alliierten mündlich zu verhandeln, und zwar mit Hilfe eines neutralen Mittelsmannes. — Die Entente zeigt nach Ausführungen führender englischer Blätter nunmehr Geneigtheit zu Beratungen über die territorialen Bedingungen. — Die deutsche Delegation hat am Montag eine diesbezügliche Note ausgearbeitet, die am Dienstag den Alliierten überreicht wurde.

Nach einer Meldung aus Rotterdam haben die Alliierten beschlossen, den Waffenstillstand zu kündigen im Falle der Ablehnung der Friedensbedingungen.

Die französischen Sozialistenblätter sprechen sich scharf gegen den Gewaltfrieden aus und fordern Deutschland in Manifesten zu einer entschlossenen Haltung auf.

Marshall Batain (Johs) Gegner in der Frage der Bezeugung Deutschlands bei einer Ablehnung des Friedens

vertrags) ist nach Pariser Meldungen zurückgetreten. In der Rumefrage ist noch keine Einigung erzielt worden.

In den nächsten Tagen werden lt. „Abeverul“ größere Transporte französischer Truppen aus Kleinasien nach Bessarabien gesandt werden, die zur Verstärkung der von den Russen bedrohten bessarab. Front dienen sollen.

In der nächsten Zeit ist mit militärischen Ereignissen in der Ostsee zu rechnen. Englische und französische Kriegsschiffe sind in Helsingfors eingelaufen. Die russische Flotte soll Beicht haben, innerhalb 5 Tagen zum Auslaufen bereit zu sein. Neuter beitreitet diese Stockholmer Meldungen.

Österreichisch Südtirol soll mit Einschluß Merano und Bozens auf Grund des Londoner Geheimabkommens aus strategischen Gründen für den gleichen Zeitraum und unter den gleichen Voraussetzungen an Italien gegeben werden, wie das Saarbecken an Frankreich.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Wildbad, 15. Mai. Auf die heute abend in der Turnhalle stattfindende Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden mit Vortrag des Herrn Stadtpfarrers G. F. Wein-Stuttgart (Mitglied der Landesversammlung) über die „Ziele der Demokratie“ sei hiemit nochmals aufmerksam gemacht. Jedermann — Männer und Frauen — ist hiezu seitens der Deutschen demokratischen Partei Wildbad freundlich eingeladen!

Wildbad. Besser als das größte Vermögen ist eine gründliche Bildung! Sie ist es, die über alle Fährlichkeiten der Zukunft hinweghilft. Deshalb hat die Unterrichtsverwaltung recht, wenn sie erklärt, die Förderung der Jugend in der Friedensperiode liege noch viel mehr als bisher im Interesse jedes einzelnen und der Gesamtheit. Kein Tag darf in dieser Hinsicht mehr verloren gehen. Die Schule muß sofort und energisch den kulturellen Wiederaufbau fördern. Dann braucht es uns um die Zukunft unseres Volkes, fleißigen und tüchtigen deutschen Volkes nicht bange zu sein. Nach dem Kriegsabslusse benötigen wir mehr als je eines gut vorbereiteten Nachwuchses. Die Eltern studierender Söhne weisen wir aus diesem Grunde gerade sehr gern auf die in bestem Ansehen stehende Höhere Reform-Lehranstalt zu Wildbad hin. Die Reform-Lehranstalt Wildbad nimmt Schüler und Schülerinnen jeden Alters und jeder Klasse auf und bringt sie infolge ihrer besonderen Methode u. d. ihrer individuellen Behandlung in kleinen Klassenabteilungen rasch vorwärts. Die Höhere Reform-Lehranstalt Wildbad bereitet für alle Prüfungen vor und kann allen Eltern bestens empfohlen werden.

Saat-Kartoffel.

Ein Wagon Saatkartoffel ist eingetroffen. Abgabe derselben Freitag Vormittag von 8 Uhr ab. Bezugscheine werden Freitag Vormittag ausgestellt. Familien, welche mit ihrem Vorrat noch einige Zeit auskommen, wollen warten bis der nächste Wagen eintrifft. Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Zur gest. Beachtung!

Von heute an, beträgt die Taxe, für eine Geburt samt Pflege, 25 Mark. Der Vorstand des Hebammen-Vereins.

Am Freitag, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal zum Bad. Hof eine Mitgliederversammlung statt. Genossen und Genossinnen, erscheint pünktlich, da wichtige Tagesfragen zur Sprache kommen. Sozialdemokratische Partei Wildbad.

Württ. Bürgerpartei Ortsgruppe Wildbad

Mitgliederversammlung
Freitag, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr
im Gasthaus zum Kühlen Brunnen.

Wir laden unsere Mitglieder und unserer Sache Nahestehende hiermit freundlichst ein, mit dem Hinweis darauf, daß Herr Reallehrer Schweizer über das Gemeindevahlrecht einen Vortrag halten wird.
Der Ausschuß.

Nähr- u. Kräftigungsmittel.

Vials-Wein, Lecithin-Perdynamin, Leciferin, Hämatogen, Pepsin-Wein nach dem deutschen Arzneibuch, Eisentropfen, Lactargol f. Milchbildung, Eisen-Somatose, Wachholder-Extract, (Blutreinigungskur im Frühjahr) Amol, Carmol, spritzhaltig zum Einreiben, Franzbranntwein, Formament-Tabletten, (wie Wybert-Tabletten), Baden-Badener Hustenpastillen, Sodenerpastillen, echt, Hustentropfen, ferner sind alle dem Verkehr freigegebenen Arzneimittel zu haben in der Medizinal-Drogerie Grundner Nachf. A. u. W. Schmit.

W. V. W.
Morgen Freitag 7 1/2 Uhr im Hotel Nassch.

Unterricht.

Jeder Vater handelt klug, der seine Kinder in die Höhere Reform-Lehranstalt Wildbad schickt — Alle Klassen über Einj. bis Abitur. — Individuelle Behandlung.

Eine neue doppelreihige Ziehharmonika hat billig zu verkaufen. Wer, sagt die Erved. ds. Bl.

Gespickte Bohnensteden sind zu haben
Salzenbergstr. 216.

REFORMSCHULE WILDBAD.

Auf vielfachen Wunsch: Stenographiekurse für Erwachsene. Dauer: 4 Monate, Wöchentlich: 6 Stunden, Honorar für den ganzen Kurs: 66 Mark. Schriftliche Anmeldungen.

Wohnhaus mit 2-3 Wohnungen,

3-4 Zimmer per Stock, mit kleinem Garten, an der Linie Pforzheim—Calw oder Pforzheim—Wildbad, sofort oder bis 1. Oktober bezugsbar, mit großem Anzahl oder Barzahlung zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis erb an D. Herdt, Ludwigsburg, (Pflanzfeldstraße 6 2. St.)

Einiges Besondere
bietet Ihnen unsere neue Lodo-Beisette Nr. 79, die Sie gratis und franko erhalten. Mit dieser alles, was im Kleinen Handel zu haben ist. Verkaufsst. 6 Lorenz u. Vorberg, Dresden-N. 19, Doonstraße 54/79

Closetpapier

in Rollen und Paketen sowie Closetrollenhalter empfiehlt Josef Mayer.

Gute billige Lektüre

(auch Leihbibliothek) Ev. u. kath. Gesangbücher, Andachtsbücher, Feine Schreibwaren, Neueste Künstlerkarten, Wildbader Albums und Ansichtskarten (neueste Aufnahmen) ferner

Briefpapier und Umschläge offen, in Vock u. Kassetten, in verschiedenen Preislagen zu Reisegechenken geeignet

Schreib- und Zeichenblöcke, Geld- und Serieltafeln, Schreibetuis, Brieftaschen, Postkarten- u. Postalbum empfohlen höchlich

GESCHW. FLUM neben der „Sonne“.

Frauen verwenden bei Beschwerden und Störungen nur Apotheker Möllers

Tropfen Flasche 10 Mark diskreter Postversand.

R. F. Kaub Sanitätsgeschäft „Medico“ Harnberg.

Bier-Versandachtel, für 12, 24 und 50 Stück, empfiehlt Robert Treiber.



Hauptstraße 86a
Erstes Haus am Platz für

Amateur-Photographie
sämtliche Bedarfsartikel

Entwickeln u. Kopieren von Platten und Films in sachmännlich vollendeter Ausführung.
Platten, Films, Papiere, Bäder etc. (auch frisch vorräthig)

Apparate bewährte erstklassige Fabrikate zu Original-Fabrikpreisen.
sachmännliche Bedienung.
Schnellste, saubere Behandlung aller Aufträge.
Billigste Berechnung.

Photo-Centrale
Grundner Nachfolger.